

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 13 /8. 12. 2001

A) Kurzinfo

=====

38/2001, 4. Dezember 2001

Arbeit an internationalen Standards für Säuglingsnahrung und an Richtlinien für Nahrungsergänzungsmittel auf gutem Weg

Teilnehmer aus 49 Mitgliedsstaaten trafen sich zur 23. Sitzung des Komitees für "Ernährung und diätetische Lebensmittel" der Codex Alimentarius Kommission

=====

PRESSEMITTEILUNG von Urgewald, 6. Dezember 2001

NGOs fordern Richtlinien zum Schutz der Menschenrechte in der Aussenwirtschaftsfoerderung ein
urgewald-Recherche in Indonesien belegt Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Hermesgefoerderten Papier- und Zellstoffprojekten

=====

Leider hier zu spaet, um auf den 3.12. zu schreiben.

Von Claudia Ernst, Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

POPs müssen verschwinden -

Aktion zum „Worldwide Day of No Pesticide Use“ am 3. Dezember
Anlässlich des „Worldwide Day of No Pesticide Use“ am 3. Dezember plant PAN Germany eine Briefaktion, um auf die schnelle Ratifizierung der Stockholm Konvention zu dauerhaften organischen Schadstoffen (persistent organic pollutants, POPs) zu drängen.

=====

HEUTE IM BUNDESTAG, dem PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES,

Berlin: Mi, 21.11.2001

2. INDIVIDUAL- UND GRUPPENBESCHWERDEN IM INTERNATIONALEN BEREICH ERMÖGLICHEN

5. REGIERUNG SOLL SICH FÜR "MENSCHENRECHT AUF WASSER" EINSETZEN

8. NOCH KEINE ERKENNTNISSE ÜBER PAUSCHALIERUNG VON SOZIALHILFELEISTUNGEN

10. LEBENSMITTELÜBERWACHUNG DURCH PRIVATE KAPAZITÄTEN STÄRKEN

11. ZU ARZNEIMITTELSICHERHEIT STELLUNG BEZIEHEN

=====

B) weitere Infos:

=====

Schicksal Psychiatrie: Wie Psychiater das Leben der Vera Stein zerstörten

AUTOR: Detlef Schwarzer

Text: http://www.kontraste.de/0114/manuskripte/txt_vera.html

Als Real-Player-Video im Internet: <http://www.kontraste.de/0114/rm/6.ram> oder über <http://www.kontraste.de> reingehen, unten auf "Letzte Sendung", bei Beitrag 5 auf das Kamera-Symbol klicken.

Zum Abspielen muß der Real Player installiert sein. (Kann im Internet kostenlos downgeloadet werden)

Die Bücher, die Vera Stein geschrieben hat, heißen: "Menschenfalle Psychiatrie" und "Abwesenheitswelten. Meine Wege durch die Psychiatrie"

=====

Forum "Kinder-Umwelt und Gesundheit" erörtert umweltbedingte Gesundheitsrisiken fuer Kinder und Jugendliche

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat in Muenchen das zweitaegige Forum "Kinder-Umwelt und Gesundheit" eroeffnet. Mit dieser Veranstaltung fordert sie gemeinsam mit Bundesumweltminister Juergen Trittin Kinder, Eltern, Wissenschaftler, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Verantwortliche aus Verwaltung und Politik auf, in einen Dialog ueber umweltbedingte Gesundheitsrisiken fuer Kinder und Jugendliche zu treten.
Unter:

<http://www.bmgesundheit.de/presse/2001/>

=====
Früchtetees Pestizide frisch aufgebriht Apfel, Hagebutte, Hibiskus, Orange und Holunder: Früchtetees liegen voll im Wellnessstrend. Kaum Zucker, kaum Kalorien aber viel Aroma. Wer Früchtetee kauft, denkt an Gesundheit und Geschmack. Die STIFTUNG WARENTEST hat 50 Früchtetees getestet

Erschreckendes Ergebnis: Die bunten Mischungen enthalten Pestizide und hochgiftiges PCP.

=====
dpa: **Bodensee-Obst mit verbotenem Spritzmittel behandelt**

Stuttgart. In Baden-Wuerttemberg bahnt sich ein neuer Lebensmittelkandal an. Obstbauern vom Bodensee sollen in grossem Stil nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel eingesetzt haben. Entsprechende Zeitungsinformationen wurden jetzt vom Stuttgarter Landwirtschaftsministerium bestaetigt. Beim Regierungspraesidium Tuebingen liefen deshalb Bussgeldverfahren gegen bis zu 120 Landwirte, die die Spritzmittel selbst aus Italien importiert haetten. In einem weiteren Fall seien groessere Mengen von Birnen sichergestellt worden, nachdem Rueckstaende von verbotenen Chemikalien entdeckt worden waren. Bisher war nur ein dritter Fall in Ansaetzen bekannt, in dem die Staatsanwaltschaft Ravensburg ermittelt. Die Behoerden wissen demnach seit Monaten von den Vorgaengen, haetten die Oeffentlichkeit jedoch nur bruchstueckhaft informiert. Sie begruendeten dies damit, es habe keine Gesundheitsgefahr bestanden. Es wurde jedoch nicht ausgeschlossen, dass Bodenseeobst mit nicht zulaessigen Rueckstaenden bereits in den Handel gelangt sei. Massiv betroffen ist offenbar das Herkunfts- und Qualitaetszeichen fuer Agrarprodukte aus Baden-Wuerttemberg. Etwa 80 Prozent der Aepfel vom Bodensee truegen das Guetesiegel.

=====
C) die ganzen sites von A)

=====
Vom Tox-doc:

Die Contergan-Affäre der BRD 1960 ff. ist wohl der bekannteste - und durch die einmaligen Veröffentlichungen auch einer der erschütterndsten **Arzneimittelskandale** unserer Zeit. Die Prozeßakten des Contergan-Prozesses vor dem Landgericht Aachen 1968 (nunmehr ebenfalls veröffentlicht nach 30-jähriger Sperrfrist: Beate Kirk: »Der Con-tergan-Fall«, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft WVG, Stuttgart 1999) geben Auskunft über die Realitäten zwischen Wissen, Erkenntnis und Erfahrung in Medizin und Klinik - und (-im unendlichen Kontrast dazu-) den wirtschaftlichen Interessen der Industrie, die in der Regel mit großer Raffinesse und oft unvorstellbarer Härte durchgesetzt werden.

Dabei hätte man schon damals -beim nachweislichen Wissen dieser Zeit 1960ff - frühzeitig alles voraussehen können: die Symptome der Erkrankung durch Contergan bei Erwachsenen sind charakteristische Vaskulitis-Symptome:

Überempfindlichkeitserscheinungen, beständige Unruhe, Zittern, Taubheitsgefühl und andere Mißempfindungen in Händen und Füßen, Muskelschwäche, Kopfschmerzen, Schwindel, Arzneimittel-Kater. Wichtig ist die Beachtung möglicher Nebenwirkungen, die erheblich sind: schwere Nebenwirkungen fanden sich bei späteren Untersuchungen bei 58% (!) der Patienten, darunter Müdigkeit, Depression und andere zentralnervöse Störungen (25%), Schädigung peripherer Nerven (9%), Verstopfung und andere Magen-Darm-Störungen (16%). Thrombosen, Unterfunktion der Schilddrüse oder langsamer Herzschlag und andere Kreislaufstörungen und -generell- typische vaskulär-induzierte toxische Neuropathien - mit allmählicher Irreversibilität..

Mißbildungen in der Schwangerschaft waren vorprogrammiert, auch das hätte man 1960 bereits wissen bzw. nachlesen können: Thalidomid (Contergan) hat eine fatale, gravierende Blutgefäß-schädigende Wirkung:

Thalidomid verursacht schwere toxisch-induzierte Vaskulitis.

Die USA blieben von der Contergan- (Thalidomid-) Katastrophe weitgehend verschont: die Ärztin Kathleen Kelsey hatte als Angestellte der mächtigen US- Behörde FDA gegen viele Widerstände die Zulassung von Thalidomid nicht erteilt; sie erhielt später (auf Druck des Senators Kefauver) einen hohen Orden durch Präsident John F.Kennedy.

Thalidomid wird 2001 noch immer oder schon wieder, v.a. in Entwicklungsländern, vertrieben - zur "symptomatischen" Behandlung von maroden, umwelttoxisch-medierten Krankheiten.

Thalidomid blockiert die ständig notwendige Regeneration vor Blutgefäßen. Thalidomid ist ein sog. "Angio-staticum", d.h. eine gefäßblockierende Chemikalie, d.h. entsprechend dem "Lipo-staticum" = Fett-Blocker "Lipobay", den man kürzlich aus dem Handel nehmen mußte,

mit bereits 1963 voraussehbar schweren unerwünschten Arzneimittelwirkungen (UAWs). An UAWs versterben (nach dem »Handbuch der unerwünschten Arzneiwirkungen« der Arzneimittelkommission) - jährlich 4x mehr Menschen als an Verkehrsunfällen! Man setzt Thalidomid neuerdings bei Krebs, Autoimmunkrankheiten, Alzheimer (!) oder Lepra u.a.m. wieder ein, in der trügerischen Hoffnung, von der hoffnungslosen therapeutischen Situation bei o.g. erworbenen Umweltkrankheiten vielleicht endlich auch einmal voranzukommen - nach Jahrzehnten fruchtlosen Behandelns mit "Stahl, Strahl und Chemical"

..
Die Myriaden der unerfüllten Heilversprechen in der universitären Medizin (und Naturheilkunde) münden immer wieder in voraussehbare therapeutische Pleiten - bis hin zur Gen-Therapie.

Thalidomid wird keinen "Tumor austrocknen", sondern das Leben selbst: denn sämtliche Medikamente sind heutzutage -in bedenklichen Konzentrationen- bei uns im Trinkwasser nachweisbar, einschließlich z.B. Lipobay. Thalidomid -zukünftig also im Trinkwasser- wird uns allen großen Schaden zufügen - durch diese verhängnisvolle, chemisch-induzierte Vaskulitis. Das bayerische Staatsministerium des Inneren hat (immerhin!) am 22.Febr.1963 homöopathische Zubereitungen von Thalidomid unter Strafandrohung sämtlichen Apotheken oder anderen Verteilungsstellen (wg. schädlicher Wirkungen - auch in diesen Konzentrationen!) ausdrücklich untersagt!
Das gleiche gilt für die PCP-Affäre 1990/94 ff. ...

G.Schwinger-Tschanz, MedizinFachjournalist

=====
Dezember 2001:

Phlebitiden und Thrombosen

Die Phlebitis saltans bzw. Phlebitis migrans ist eine rezidivierende Vaskulitis von Venen an Armen und/oder Beinen, die bei TILT-Syndrom beobachtet wird. Das Routinelabor ergibt in der Regel keine pathologischen Befunde, es finden sich keine humoralen Entzündungszeichen im Serum (BKS, Komplement, CRP, RF, Anti-DNA-Ak etc.); diese Konstellation ist zur differentialdiagnostischen Abgrenzung von anderen Erkrankungen von Bedeutung.

Ae: Es handelt sich um eine generalisierte Venen-Reaktion auf unterschiedliche venotrope Schädigungen - als ein Frühzeichen von Autoimmunkrankheit und K Thrombangitis obliterans. Kl.: Plötzliches schubweises Auftreten von oberflächlichen Thrombo-phlebitiden mit Verhärtung, Rötung und Druckempfindlichkeit der befallenen Venen-Abschnitte. Sprunghaftes Auftreten auch an anderen Körperabschnitten.

Gelegentlich leichtes Fieber, ev. auch Tachykardie, Leukozytose, unbestimmtes Krankheitsgefühl. Die klinische Symptomatik ist sehr variabel.

Auch bei uncharakteristischen Symptomen und Beschwerden immer an die Möglichkeit einer Phlebo-thrombose denken!

Früh-Symptome: Schweregefühl, Krampfneigung, Wadenkrämpfe, Fußsohlenschmerz.

"Economy-Class" - Thrombose / Traveller's Thrombosis

Durch Abschnürung der Venen in der Kniekehle infolge stundenlangen Sitzens mit stark gebeugten Beinen bei Langstreckenflügen, Auto- oder Busreisen.

Die Lungen-Embolie ist die häufigste und gefährlichste Komplikation bei Phlebo-thrombose.

© IGCI * 2001.12 * Independent *Swiss/German * Tox-Doc-Information
=====

Vom Tox-doc: Aus der Praxis für die Praxis

Toxisches Speiseöl-Syndrom:

Bei der Krankheit ist der ganze Körper betroffen: alle Körperteile bzw. Körperorgane sind in irgendeiner Weise betroffen. Charakteristisch ist eine generelle Blutgefäßschädigung ("Vasculitis") sowie eine "Eosinophilie" des Blutes. Thrombosen treten überall auf, oft entwickeln sich (bei Älteren) spontan Krampfaderen, Ödeme (Wassereinlagerungen) am ganzen Körper: in der Lunge, in der Haut, an den Knöcheln, im Gesicht, im Gehirn und Rückenmark. Patienten klagen über infekt-ähnliche Symptome, Medikamente helfen nicht. Außerdem gibt es Appetitlosigkeit, Haar-ausfall, Muskel- und Gelenkschmerzen, Nervosität, Fibromyalgie, chronische Müdigkeit, Seh- und Hörstörungen, Lähmungen, Muskelkrämpfe, Muskelschmerzen, zahlreiche unklare Krankheitsbilder. Einige hundert Menschen starben, tausende siechen dahin.

Die PATHOLOGEN schreiben: Histopathologisch finden sich Zeichen einer generalisierten, nicht nekrotisierenden Vaskulitis auf."

Kommentar:

Die Symptome gleichen denen vom Gulf-War-(Golfkriegs-)Syndrom und anderen chronischen / subakuten Intoxikationen, wie beschrieben - weltweit.

Eine ausserordentlich gefährliche Chemikalien-Intoleranz (gCI), sonst nichts - nichts anderes.

Literatur: »Der Tod, der von den Feldern kam«, Gudrun Greunke, Jörg Heimnbrecht, Pahl-Rügenstein 1988, ISBN 3-7609-1223-0

=====

von: bgvv - Pressedienst, Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, Thielallee 88 - 92, D - 14195 Berlin, Telefon: 01888/412-4300, Telefax: 01888/412-4970 Presserechtlich verantwortlich: Dr. Irene Lukassowitz

38/2001, 4. Dezember 2001

Arbeit an internationalen Standards für Säuglingsnahrung und an Richtlinien für Nahrungsergänzungsmittel auf gutem Weg

Teilnehmer aus 49 Mitgliedsstaaten trafen sich zur 23. Sitzung des Komitees für "Ernährung und diätetische Lebensmittel" der Codex Alimentarius Kommission

Die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern stand im Mittelpunkt der 23. Sitzung des Komitees für "Ernährung und diätetische Lebensmittel" der Codex Alimentarius Kommission.

An der Sitzung nahmen rund 210 Regierungsvertreter, Beobachter und Experten aus 49 Mitgliedsstaaten und von 25 internationalen Organisationen (darunter 22

Nichtregierungsorganisationen) teil. Als Berater geladen waren außerdem Vertreter der Welternährungsorganisation FAO und der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Auf der Basis neuer Erkenntnisse wurden unter anderem Standards für Getreidebeikost für Säuglinge und Kleinkinder sowie für Säuglingsanfangsnahrung überarbeitet. Außerdem wurden ein Richtlinienentwurf für Vitamin- und Mineralstoffsupplemente

(Nahrungsergänzungsmittel) und Fragen der Lebensmittelkennzeichnung sowie damit verbundene Werbeaussagen für Ballaststoffe und Energiewerte diskutiert.

Als hilfreiche Diskussionsgrundlage erwies sich das auf der diesjährigen Tagung der Weltgesundheits-Versammlung formulierte Strategiepapier (WHA 54.2 2001) mit der Empfehlung, Säuglinge, sofern möglich, sechs Monate lang ausschließlich zu stillen und erst dann mit der Zufütterung von sinnvoll zusammengesetzter Beikost zu beginnen. Bei der Revision der Standards für Säuglingsanfangsnahrung und Getreidebeikost für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern erreichte man daher in einigen bisher strittigen Punkten des Geltungsbereichs und der Definitionen einen Konsens. Um die Arbeit an den Standards zu beschleunigen, wurden verschiedene Arbeitsgruppen eingerichtet, die für die nächste Sitzung Optionen für die Zusammensetzung erarbeiten sollen.

Die zunehmende Verwendung von Vitaminen und/oder Mineralstoffsupplementen, die in Kapsel-, Tabletten-, Pulver- oder flüssiger Form als Lebensmittel zur Ergänzung eventueller Nährstoffdefizite angeboten werden, stellt eine besondere Herausforderung für den nationalen und internationalen Verbraucherschutz dar und fordert im Rahmen des Codex Alimentarius Richtlinien, die geeignet sind, die Bevölkerung vor einer exzessiven Aufnahme dieser Nährstoffe sowie vor Irreführung zu schützen. Diese Richtlinien sollen die Basis für nationale gesetzliche Regelungen sein. Unterschiedliche Auffassungen bestehen im Hinblick auf Methoden zur Festlegung von Obergrenzen für Vitamine und Mineralstoffe in Supplementen, so dass die Arbeit an der Richtlinie nach weiterer Konsultation mit Experten im kommenden Jahr fortgesetzt werden muss.

Oberstes Ziel des Komitees "Ernährung und diätetische Lebensmittel" ist es, wissenschaftlich fundierte internationale Standards und Richtlinien für die Herstellung und Vermarktung spezieller Lebensmittel auszuarbeiten bzw. zu überarbeiten, damit diese Produkte im Einklang mit den Prinzipien des internationalen gesundheitlichen Verbraucherschutzes stehen. Die Codexstandards und -richtlinien besitzen einen hohen Stellenwert bei Streitschlichtungsverfahren im Rahmen der Welthandelsordnung, was die Bedeutung der Arbeit dieses Komitees unterstreicht.

Standards und Richtlinien werden nach einem festgelegten, achtstufigen Verfahren erarbeitet. Die Ausarbeitung eines weltweiten Codex-Standards muss von der Codex Alimentarius Kommission beschlossen werden. Vorentwürfe zu Standards werden allen Mitgliedern der Kommission und interessierten internationalen Organisationen auf jeder Stufe zur Prüfung und Änderung zugeleitet. Erst nach Annahme der achten Stufe wird ein Codex-Standard veröffentlicht. Standards enthalten detaillierte Vorschriften für die Zusammensetzung und/oder Etikettierung, Richtlinien geben dagegen an, wie verfahren werden sollte, um auf nationaler Ebene Regelungen zu erstellen.

Der endgültige Bericht der Sitzung kann nach Veröffentlichung auf der Homepage der Codex Alimentarius Kommission unter www.codexalimentarius.net eingesehen werden. Ausserdem befinden sich auf der BgVV-Homepage (www.bgvv.de) unter "Internationales/Codex" ausführliche Hintergrundinformationen über die Codex Alimentarius Kommission und das Komitee für Ernährung und diätetische Lebensmittel sowie der Bericht der 23. Sitzung des Komitees in deutscher Sprache.
ende bgvv-p
=====

PRESSEMITTEILUNG von Urgewald

6. Dezember 2001

NGOs fordern Richtlinien zum Schutz der Menschenrechte in der Aussenwirtschaftsfoerderung ein urgewald-Recherche in Indonesien belegt Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Hermesgefoerderten Papier- und Zellstoffprojekten Zum Tag der Menschenrechte weisen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen auf die Verwicklung deutscher Konzerne und Banken in Menschenrechtsverletzungen hin. "Das von der deutschen Wirtschaft gern erzählte Maerchen, dass `Wirtschaft der Anfang vom Ende der Armut` sei, laesst sich empirisch leider ganz haeufig nicht belegen. Staatliche Buergschaften fuer deutsche Exporte und Kredite garantieren keinesfalls die soziale Nachhaltigkeit derartiger Geschaefte", resuemiert Barbara Happe von der Menschenrechts- und Umweltorganisation urgewald. Menschenrechtsorganisationen in Nord und Sued fordern daher eine sofortige Abkehr vom wildwuechsigem Marktfundamentalismus und staerkere (ueber-)staatliche Regulierungen, um Menschenrechtsverletzungen und Lebensweltzerstoerungen durch wirtschaftliche Aktivitaeten multinationaler Konzerne einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Rueckendeckung fuer diese Forderung erhalten sie von der UN-Unterkommission zum Schutz der Menschenrechte. Diese hat in einer unlaengst verabschiedeten Resolution gefordert, dass bei allen Vertragsabschluessen im internationalen Handel und in der Aussenwirtschaft die Menschenrechte gewahrt werden muessen. Auch bei einer Anhoerung der Nationalen Kommission zu Menschenrechtsfragen in Indonesien wurden die Multinationalen Konzerne in der vergangenen Woche an den Pranger gestellt. Emmy Hafild von der fuehrenden nationalen Umweltorganisation Walhi erklarte: "Die Multinationalen Konzerne stehen in Indonesien de facto ueber jedem Gesetz und foerdern mit ihrem Engagement korrupte Praktiken und Menschenrechtsverletzungen". In der Reihe von menschenrechtsverletzenden Wirtschaftsaktivitaeten der internationalen Konzern- und Finanzgemeinde ist der ueberdimensionierte Ausbau der Papier- und Zellstoffindustrie auf Sumatra das juengste Beispiel. Deutsche Unternehmen und Banken haben sich seit Mitte der 80er Jahre massiv am Ausbau der Produktionskapazitaeten beteiligt, und der deutsche Staat gewaehrte Buergschaften in Hoehe von fast einer Milliarde DM. Der lokale Widerstand gegen den (Aus-)Bau der zahlreichen Zellstoff- und Papierfabriken auf Sumatra wird oftmals im Keim erstickt. In den Provinzen Sued-Sumatra und Riau herrscht ein Klima der Angst und Einschuechterung. Profilierte Gegner der Projekte sehen sich mit Morddrohungen konfrontiert und erhalten zur Ermahnung ungebetenen Besuch von privaten Sicherheitskraeften der Holz- und Zellstoffunternehmen. Marganti Manalu als einer der bekanntesten Gegner der Zellstoffanlagen in Riau landete wegen der Initiierung von Protesten sogar fuer drei Jahre im Gefaengnis. Dabei hat die lokale Bevoelkerung allen Grund zur Beschwerde. Entschaedigungen fuer Landenteignungen fliessen nur aeusserst spaerlich, und oftmals gehen ihnen zaehe und langwierige Verhandlungen voraus. Zudem muessen sie illegale Pluenderungen ihrer Waelder durch Holzunternehmen erdulden. Innerhalb von nur zehn Jahren wurde auf Sumatra eine Flaechen so gross wie die Bundesrepublik abgeholzt, um in den Zellstoff- und Papierfabriken zu Papier verarbeitet zu werden. Nach Schaetzungen des renommierten internationalen Forstwirtschaftsinstitutes CIFOR waren ca. 40% dieser Abholzungen illegal. Mit dem Wald geht der Lokalbevoelkerung aber auch eine wesentliche Erwerbsquelle zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes verloren. "Besonders makaber ist, dass mit deutschen Exporten und Krediten in Indonesien Landrechtskonflikten und Umweltpluenderungen hervorgerufen werden, obwohl die IndonesierInnen den produzierten Zellstoff und das produzierte Papier selbst gar nicht benoetigen, sondern groesstenteils exportieren. Die IndonesierInnen zahlen somit den sozialen und oekologischen Preis dafuer, dass wir unsere Zellstoff- und Papieranlagen weltweit exportieren. So sind wir die Umweltverschmutzung los, bekommen das Papier fuer unsere ueberdimensionierte Nachfrage aber weiterhin", kritisiert Happe.

"Die Bundesregierung ist jetzt gefordert, alle hermesverbuergten Projekte unter Menschenrechtsgesichtspunkten zu ueberpruefen. Es muessen jetzt verbindliche Richtlinien ausgearbeitet werden. Nur so laesst sich verhindern, dass Projekte mit deutscher Hilfe verbuergt werden, die zu Menschenrechtsverletzungen jeglicher Art fuehren. Schliesslich sind die Zellstoff- und Papierwerke nur eines von vielen Beispielen, wo wirtschaftliches Engagement deutscher Firmen und Banken in Menschenrechtsverletzungen und Landrechtskonflikten muendet."

Der Recherchebericht "Tabula Rasa auf Sumatra. Die oekologischen und sozialen Auswirkungen des Zellstoff- und Papierbooms in Indonesien" kann ab sofort in der urgewald-Geschaeftsstelle angefordert werden.

URGEWALD, Von-Galen-Strasse 4, D-48336 Sassenberg
German, Fon: +49 (0)2583 1031, Fax: +49 (0)2583 4220, Email: urgewald@urgewald.de
web: <http://www.urgewald.de>

=====

Leider hier zu spaet, um auf den 3.12. zu schreiben.

Von Claudia Ernst, Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0

Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20

Please use our new mail address: <mailto:Claudia.Ernst@pan-germany.org>

POPs müssen verschwinden -

Aktion zum „Worldwide Day of No Pesticide Use“ am 3. Dezember

Anlässlich des „Worldwide Day of No Pesticide Use“ am 3. Dezember plant PAN Germany eine Briefaktion, um auf die schnelle Ratifizierung der Stockholm Konvention zu dauerhaften organischen Schadstoffen (persistent organic pollutants, POPs) zu drängen.

Den folgenden Brief schicken wir weltweit an Umwelt- und Verbraucherorganisationen sowie engagierte Privatpersonen. Am 3. Dezember sollte der Brief dann von diesen Organisationen und Einzelpersonen an ihren jeweiligen, von der Regierung ernannten, nationalen „Focal Point“ für die POPs Konvention weitergeleitet werden. Wenn alle mitmachen, wird am 3. Dezember bei den nationalen Focal Points weltweit eine Email-Flut eingehen, die die Brisanz des Themas und den öffentlichen Druck zu einer schnellen Ratifizierung und Umsetzung der Stockholm Konvention verdeutlicht. Bitte beteiligen auch Sie sich an der Aktion!!

Natürlich können die Briefe nicht nur als Mails sondern auch mit der Post zu den Focal Points gesandt werden. Außerdem rufen wir dazu auf, diesen Brief an möglichst viele andere Organisationen und Einzelpersonen weiterzuleiten, damit sie ebenfalls bei der Aktion mitmachen können.

Der nachfolgende Brief ist an den Focal Point in Deutschland adressiert. Die Adressen der Focal Points in allen anderen Ländern sowie die englische und französische Version des Briefes befinden sich im Anhang. Mehr Informationen zur Stockholm Konvention gibt es im Internet unter <http://irptc.unep.ch/pops> oder unter <http://www.pan-germany.org> (Downloads) oder direkt bei

Christine Schmitt, PAN Germany Projektkoordinatorin

Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Fon: ++49-(0)40-39.91.910-24

Email: christine.schmitt@pan-germany.org

Wichtig: der 3. Dezember ist „Worldwide Day of No Pesticide Use“!

Emails am 3. Dezember abschicken, Briefe schon vorher zur Post geben!

Folgenden Brief weiterleiten an:

Dr. Klaus Günter Steinhäuser

Umweltbundesamt 20

Postfach 330022

14191 Berlin

Email: Klaus-G.Steinhaeuser@uba.de

3/12/2001

Sehr geehrter Herr Steinhäuser,

der 3. Dezember ist der „Worldwide Day of No Pesticides Use“. Er wurde von PAN Lateinamerika initiiert, um an den verheerenden Unfall in der Pestizidfabrik von Bhopal 1984 zu erinnern. Wir gedenken diesen Tag, indem wir auf die weltweite Beseitigung von langlebigen, organischen Schadstoffen (persistent organic pollutants, POPs) drängen. Im Mai 2001 wurde die „Stockholm Konvention zu langlebigen organischen Schadstoffen (POPs)“ in Stockholm von 127 Regierungen angenommen. Diese Konvention ist die

internationale, rechtliche Grundlage für die weltweite Beseitigung von POPs. Sie tritt in Kraft, sobald sie von 50 Staaten ratifiziert wurde.

Bisher wurde die Konvention aber nur von 2 Staaten, Kanada und Fiji, ratifiziert. Deshalb möchten wir Sie dringend bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Stockholm Konvention so schnell wie möglich ratifiziert und umgesetzt wird. Nur wenn die Konvention weltweit umgesetzt wird, werden wir zukünftig ohne die extrem gefährlichen, dauerhaften organischen Schadstoffe leben können.

POPs sind bestimmte Pestizide, Industriechemikalien oder Gase, deren Einsatz und Produktion eine Gefahr für alles Leben auf der Erde darstellen. Aufgrund ihrer geringen biologischen Abbaubarkeit reichern sie sich in der Umwelt an, werden mit Luft und Wasser in entfernte Erdteile transportiert und gelangen in das Fettgewebe von Menschen und Tieren. Sie können u.a. Krebs verursachen, den Hormonhaushalt stören und das Immunsystem schädigen.

In Erwartung der baldigen Benachrichtigung,
dass die Stockholm Konvention ratifiziert wurde,
und mit freundlichen Grüßen

=====

von : **HEUTE IM BUNDESTAG, dem PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**,
Berlin: Mi, 21.11.2001

2. INDIVIDUAL- UND GRUPPENBESCHWERDEN IM INTERNATIONALEN BEREICH
ERMÖGLICHEN

5. REGIERUNG SOLL SICH FÜR "MENSCHENRECHT AUF WASSER" EINSETZEN

8. NOCH KEINE ERKENNTNISSE ÜBER PAUSCHALIERUNG VON
SOZIALHILFELEISTUNGEN

10. LEBENSMITTELÜBERWACHUNG DURCH PRIVATE KAPAZITÄTEN STÄRKEN

11. ZU ARZNEIMITTELSICHERHEIT STELLUNG BEZIEHEN

Menschenrechte/Antrag

INDIVIDUAL- UND GRUPPENBESCHWERDEN IM INTERNATIONALEN BEREICH
ERMÖGLICHEN

Berlin: (hib/BOB) Nach dem Willen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte um ein Zusatzprotokoll ergänzt wird, welches die Möglichkeit von Individual- und Gruppenbeschwerden eröffnet.

Die nächste Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf biete dazu Gelegenheit, so die Koalitionsfraktionen in einem Antrag (14/7483). Sozialdemokraten und Bündnisgrüne erläutern, über den Entwurf eines solches Zusatzprotokolls hätten sich die Staaten bislang nicht verständigen können.

Eine Einigung im positiven Sinne sei aber wichtig, da damit die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gestärkt würde und diese mit den bürgerlichen und politischen Rechten gleichgesetzt würden. Zudem gäbe es mehr Rechtssicherheit für den Einzelnen.

SPD und Bündnis 90/Grüne plädieren in ihrer Initiative zudem dafür, die Bundesregierung solle Nichtregierungsorganisationen frühzeitig und regelmäßig in die Vorbereitung ihres nächsten Staatenberichtes für den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einbeziehen.

Der genannte Ausschuss müsse zudem angemessen ausgestattet werden, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können. Die Regierung habe ferner dafür einzutreten, dass die EU-Grundrechte-Charta so rasch wie möglich in die europäischen Verträge aufgenommen wird. Zugleich sei auf ein Beschwerdeverfahren in diesem Zusammenhang hinzuwirken. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte müssten nach Ansicht der Koalition außerdem systematisch und gleichgewichtig in die Zielkriterien der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden.

Die Koalitionsfraktionen fordern ferner, die Regierung solle sich dafür einsetzen, dass die internationalen Finanzinstitutionen eng mit den Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Sie sollten zudem in ihren Analysen und Maßnahmen stets auch menschenrechtliche Aspekte berücksichtigen.

Die Bundesregierung habe zudem in Wirtschaft und Verbänden darauf hinzuwirken, dass die von Deutschland aus im Ausland tätigen Firmen und transnationalen Unternehmen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beachteten.

Entwicklungszusammenarbeit/Antrag

REGIERUNG SOLL SICH FÜR "MENSCHENRECHT AUF WASSER" EINSETZEN

Berlin: (hib/RAB) Die Bundesregierung soll sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass das "Menschenrecht auf Wasser" umgesetzt wird. Dafür treten SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (14/7484) ein. Nach jüngsten Schätzungen gebe es derzeit weltweit 1,3 Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hätten. Prognosen zufolge werde dies im Jahr 2050 ein Viertel der Menschheit betreffen. Wasserknappheit herrsche inzwischen in über 30 Staaten der Erde. Dieses Problem sei weltweit eine der Hauptursachen für Infektionskrankheiten und größte Ursache der Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern. Dafür verantwortlich ist der Koalition zufolge das anhaltende Wachstum der Bevölkerung, der Prozess der Verstädterung, eine nicht nachhaltige Nutzung in Industrie und Landwirtschaft und die zunehmende Belastung von Grundwasser und Böden. Die Abgeordneten treten daher dafür ein, den Politikdialog und regionale Kooperation in der Frage der Wassernutzung zu fördern. Dies gelte insbesondere für Regionen an grenzüberschreitenden Gewässern. Auch soll sich die Exekutive dafür einsetzen, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über das Recht der nichtschiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe zu stärken. Dieses Übereinkommen habe explizit die Grenzen nationaler Souveränitätsrechte in Bezug auf Gewässer anerkannt, erläutern die Koalitionäre. Entwicklungsländer sollen ermutigt werden, diese Konvention zu ratifizieren. Des Weiteren treten die Parlamentarier dafür ein, für die Leitgedanken der europäischen Wasserrahmenrichtlinie als Modell für neue völkerrechtliche Lösungen im internationalen Wassermanagement zu werben. Auch sollten die Entwicklungsländer als Hauptbetroffene gegenwärtiger und zukünftiger Wasserkrisen in angemessenem Umfang an internationalen Konferenzen beteiligt werden. Nach Überzeugung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeichnet sich ein erhebliches zwischenstaatliches Konfliktpotential ab, da die Nationalstaaten in zunehmenden Maße um die Nutzung natürlicher Wasservorkommen konkurrierten.

Arbeit und Soziales/Antwort

NOCH KEINE ERKENNTNISSE ÜBER PAUSCHALIERUNG VON SOZIALHILFELEISTUNGEN

Berlin: (hib/RAB) Bisher liegen keine Erkenntnisse über Modellvorhaben zur weiteren Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen vor. Die meisten Projekte hätten erst in diesem Jahr begonnen und seien zudem durch die Träger der Sozialhilfe organisiert, erklärt die Regierung in ihrer Antwort (14/7426) auf eine Kleine Anfrage der PDS (14/7224).

Die meisten Sozialhilfeträger beabsichtigten, einen möglichst großen Personenkreis einzubeziehen. Ausgenommen seien Personen, bei denen ein wirtschaftlicher Umgang mit der Pauschale nicht zu erwarten sei, wie Suchtabhängige, alkoholranke Personen und überschuldete Haushalte.

Inwieweit die Ergebnisse der Modellvorhaben in eine spätere gesetzliche Regelung umgesetzt würden, hänge in erster Linie von den Ergebnissen der Modellvorhaben ab, erläutert die Exekutive weiter. Belastbare Erkenntnisse würden aber erst im Laufe des Jahres 2003 erwartet.

Verbraucherschutz/Kleine Anfrage

LEBENSMITTELÜBERWACHUNG DURCH PRIVATE KAPAZITÄTEN STÄRKEN

Berlin: (hib/MAR) Auf die Stärkung der Lebensmittelüberwachung durch Nutzung privatwirtschaftlicher Kapazitäten zielt eine Kleine Anfrage der FDP (14/7400).

Die Fraktion verweist darauf, dass die Präsidentin des Bundesrechnungshofes, Hedda von Wedel, in ihrem Gutachten zur Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes eine drastische Erhöhung der Kontrolldichte in der Lebensmittelüberwachung fordert.

Medienberichten zufolge, so die Fraktion, seien die Kontrollbehörden schon heute nicht in der Lage, die notwendigen Untersuchungen in entsprechendem Umfang vorzunehmen.

Freiberufliche Lebensmittelsachverständige könnten hier sinnvoll ergänzend eingesetzt werden und zur Entlastung der Kontrollbehörden und damit zu einer höheren Lebensmittelsicherheit beitragen.

Die Liberalen wollen von der Bundesregierung deshalb wissen, wie sie den Stand der amtlichen Lebensmittelkontrolle auf Bundes- und Länderebene beurteilt und ob die Behörden finanziell und personell darauf vorbereitet sind, neue Aufgaben zu übernehmen.

Die Regierung soll auch sagen, welche Möglichkeiten sie sieht, privatwirtschaftliche Kompetenz im Bereich der Lebensmittelüberwachung verstärkt zu nutzen.

Gesundheit/Kleine Anfrage

ZU ARZNEIMITTELSICHERHEIT STELLUNG BEZIEHEN

Berlin: (hib/RAB) Der derzeitige Stand der Arzneimittelsicherheit ist Anlass einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU (14/7507). Nach Angaben der Union wurden in den letzten Jahrzehnten zahlreiche neue Arzneimittel entwickelt, die erstmals die effektive medikamentöse Therapie einer Vielzahl von zuvor nicht behandelten Krankheiten ermöglichten.

Ein gravierendes Problem stellten die unerwünschten Nebenwirkungen der Medikamente dar. Das neue Forschungsgebiet der Pharmakogenetik versuche, aus dem individuellen Erbgut eines Patienten Rückschlüsse auf die Wirksamkeit eines Arzneimittels oder das Auftreten schwerer Nebenwirkungen zu ziehen.

Die Regierung wird unter anderem gefragt, ob sie die Einführung von kostengünstigen pharmakogenetischen Genotypisierungsverfahren befürwortet und ob sie einen Regelungsbedarf im Umgang mit Gentests sieht. Weiter interessiert die Möglichkeit, die pharmakogenetische Diagnostik in der klinischen Routine einzusetzen, um Arzneimitteltherapien zu optimieren.

Im Bundeshaus notiert:

Verteidigung/Antwort

Berlin: (hib/BOB) Finanzmittel in Höhe von etwa 1,5 Milliarden DM, welche der Bundeswehr im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sind nach Angaben der Bundesregierung deshalb im Einzelplan für die Allgemeine Finanzverwaltung etabliert, damit man umgehend auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (14/7423) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (14/7239) weiter mitteilt, hätten sich Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Finanzminister Hans Eichel (beide SPD) darauf verständigt, ab dem kommenden Jahr die für das Verteidigungsministerium vorgesehenen Mittel in dessen Einzelplan zu überführen.

Im Bundeshaus notiert:

Gesundheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/RAB) Die häusliche Kinderkrankenpflege steht im Mittelpunkt einer Kleinen Anfrage der FDP (14/7519). Die Abgeordneten erkundigen sich nach der Anzahl chronisch kranker bzw. pflegebedürftiger Kinder und wie viele Pflegedienste es gibt, die sich auf die speziellen Belange von Kindern spezialisiert haben.

Ziel müsse es sein, schwerstkranke Kinder flächendeckend zu versorgen und zu betreuen sowie die Angebote zu verzahnen und auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen, schreibt die Fraktion.

Im Bundeshaus notiert:

Arbeit und Soziales/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/RAB) Der Realwert der Sozialhilfe-Regelsätze ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der PDS (14/7518). Die Abgeordneten wollen von der Regierung wissen, wie sich der Realwert des durchschnittlichen Sozialhilfe-Regelsatzes des Jahres 1980 in den Folgejahren bis zum Jahr 2000 entwickelt hat.

Ende des newsletter 13

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt